



Erneuerbare Energien

Mit dem Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2007 kommt Deutschland eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung der EU-Politik zu. Die deutsche Ratspräsidentschaft will die europäische Entwicklungszusammenarbeit prägen. Die Entwicklungspolitik Europas soll im Dienst der Gemeinschaft und der Menschen in den Partnerländern Europas einen großen Schritt vorangebracht werden.

Energiebedarf

Mehr als zwei Milliarden Menschen, ein Drittel der Erdbevölkerung, haben keinen Zugang zu moderner, sauberer Energie. Sie nutzen vorwiegend Feuerholz, Dung und Pflanzenreste. Ohne eine angemessene Energieversorgung aber sind alle Entwicklungsprozesse zum Scheitern verurteilt. Denn Energie ist notwendig, um elementare Bedürfnisse wie das Zubereiten von Nahrung oder das Bereitstellen von Wasser zu befriedigen. Energie bleibt auch für jede Form wirtschaftlicher Aktivität unerlässlich. Deshalb misst die Bundesregierung der Beseitigung der Energiearmut große Bedeutung bei. Sie ist Voraussetzung für Erfolge im Kampf gegen Armut.

Ein Mehr an Energie soll aber nicht gleichzeitig ein höheres Risiko für das weltweite Klima durch den unkontrollierten Ausstoß von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen mit sich bringen. Deshalb legt die Bundesregierung zugleich besonderen Wert auf den Ausbau erneuerbarer Energien und die Erhöhung von Energie-Effizienz. Beides hilft, den Verbrauch fossiler Energien in Grenzen zu halten.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Im „Europäischen Konsens zur Energiepolitik“ wurde das Thema Energie 2005 zu einem wichtigen Aktionsbereich der Kommission erklärt. Die Bundesregierung hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit ein neuer Schwerpunkt auf nachhaltige Energie für Entwicklung gelegt wird, unter anderem durch Integration von erneuerbaren Energien in die europäische Energiefazilität für Länder in Afrika, in der Karibik und im Pazifik (AKP). Energie ist daher eines der zentralen Themen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen (Endlichkeit fossiler Energieträger, weltweit wachsende Energienachfrage, hohe Preise für Öl und Gas, steigende Instabilitäten in bestimmten Weltregionen und Auswirkungen des Klimawandels) war die Verabschiedung des europäischen Energie-Aktionsplans beim Treffen der Staats- und Regierungschefs im Frühjahr 2007 ein wichtiges Anliegen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. In ihrer internationalen Dimension ist die



europäische Energiestrategie eng mit dem Ziel verbunden, eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung in Entwicklungsländern zu schaffen. Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass der EU-Energie-Aktionsplan entwicklungsfördernd gestaltet wurde und den Entwicklungsländern eine Partnerschaft im Energiebereich ermöglicht.

Energiepartnerschaft zwischen Afrika und Europa

Bestandteil des EU-Aktionsplans ist die Ausgestaltung eines Energiedialogs mit Afrika sowie die Organisation eines Gipfeltreffens mit afrikanischen Staatschefs noch 2007. Eine Partnerschaft im Bereich Energie zu beiderseitigem Nutzen könnte vielen Herausforderungen begegnen: Energiesicherheit und -versorgung auf beiden Kontinenten; Rahmenbedingungen und Privatinvestitionen; Verwendung von Einnahmen aus dem Rohstoffsektor; Klimaschutz und Klimawandel; Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG). Mit dem Afrika-Europa Energieforum in Berlin im März 2007 hat die deutsche Präsidentschaft einen Rahmen geschaffen, um den Dialog zwischen Europa und Afrika zu vertiefen. Auf Einladung der Bundesregierung und der Europäischen Kommission trafen sich über 220 Vertreterinnen und Vertreter afrikanischer und europäischer Staaten, internationaler Finanzierungsinstitutionen, UN-Organisationen, NRO und andere Entscheidungsträger, darunter mehrere Energieminister sowie der Generalsekretär der AKP-Staaten. Ein strukturierter Dialog über die kommenden Monate soll die Einbindung der Partnerschaft in die Gemeinsame Afrikastrategie der Europäischen und der Afrikanischen Union gewährleisten. Unter portugiesischer Präsidentschaft würde sie formell auf dem EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007 ins Leben gerufen.

Deutsche Förderung Erneuerbarer Energien

Deutschland fördert derzeit Energieprojekte in 45 Partnerländern. Die laufenden Vorhaben erreichen ein Volumen von etwa 1,6 Milliarden Euro. Davon entfallen 929 Millionen Euro auf Projekte zur Förderung Erneuerbarer Energien – auf den Einsatz von Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Geothermie und der nachhaltigen Nutzung von Biomasse – und 706 Millionen Euro auf Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz. Zu den geförderten Projekten gehören ein geothermisches Kraftwerk in Kenia, der Aufbau von Kleinwasserkraftwerken in Nepal, ein Windenergieprogramm in Kolumbien, aber auch Beratungsvorhaben zur Reform des Energiesektors in Uganda oder die Ausbildung von Windenergie-Experten in China.

Mit sieben Ländern hat die Bundesregierung einen entwicklungspolitischen Schwerpunkt „Energie“ vereinbart: Afghanistan, Albanien, Bangladesch, Georgien, Indien, Nepal und Pakistan. Mit etwa 1,1 Milliarden entfällt der größte Teil der Zusagen auf Asien, es folgen Afrika und Lateinamerika.



Deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungspolitisches Ziel der Bundesregierung ist, den Zugang in den Partnerländern zu sauberer Energie zu verbessern, klima- und umweltschädliche Folgen zu reduzieren und zugleich Armut zu mindern. Dafür hat Deutschland in den letzten Jahren zusätzliche Finanzmittel mobilisiert:

- „Nachhaltige Energie für Entwicklung“: Dieses Programm wurde 2002 auf dem Weltgipfel in Johannesburg ins Leben gerufen und stellt bis 2007 eine Milliarde Euro zur Verfügung, 500 Millionen für Erneuerbare Energien und 500 Millionen für die Steigerung der Energieeffizienz. Die versprochenen Neuzusagen wurden nicht erst nach fünf, sondern schon nach drei Jahren erreicht.
- „Sonderfazilität für Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“: Über diese Fazilität, die 2004 von der Bundesregierung auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn verkündet wurde, stehen jährlich über 300 Millionen Euro für zinsverbilligte Darlehen zur Verfügung.

Leistungen im internationalen Vergleich

Im Jahr 2004 war Deutschland nach den USA und Japan drittgrößter bilateraler Geber bei Energievorhaben insgesamt (ODA-Zahlen).

Bei den erneuerbaren Energien (ohne große Wasserkraft) lag Deutschland im Jahr 2004 mit der KfW Entwicklungsbank an der Spitze der wichtigsten Kapitalgeber, gefolgt von der Weltbankgruppe und der Globalen Umweltfazilität (GEF).

Internationale Zusammenarbeit

Darüber hinaus ist die Bundesregierung an verschiedenen internationalen Initiativen und Kooperationen zum Thema „nachhaltige Energie“ beteiligt:

- Als eines der Länder mit hohen Mitgliedsbeiträgen bei den UN-Organisationen, der Weltbank und der Globalen Umweltfazilität (GEF) fördert die Bundesregierung indirekt zahlreiche Energievorhaben, bei denen erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Vordergrund stehen.
- Deutschland konnte erfolgreich Einfluss auf die Weltbank ausüben, die Förderung Erneuerbarer Energien zu steigern. Diese hat sich nicht zuletzt durch das Einwirken des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dazu verpflichtet, die finanziellen Zusagen für die Förderung Erneuerbarer Energien (ohne große Wasserkraft) und Energieeffizienz in den Jahren 2005-2009 jährlich um mindestens 20% zu steigern. 2005 wurde dieses Versprechen deutlich mit Investitionen von 299 Mio. US\$ erfüllt.



- Auf der Konferenz „renewables 2004“ in Bonn wurde ein Internationales Aktionsprogramm (IAP) verabschiedet, das rund 200 freiwillige Verpflichtungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien enthält, die Regierung, die Vereinten Nationen sowie Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft eingegangen sind. Mit der Umsetzung des IAP werden von 2015 an jährlich geschätzte 1,2 Mrd. Tonnen Kohlendioxyd vermieden. Das entspräche etwa 5 % der globalen CO₂-Emissionen und wäre mehr als der gesamte CO₂-Ausstoß Deutschlands im Jahr 1990.
- Schätzungen zufolge wird sich der weltweite Energiebedarf bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent erhöhen; der Zuwachs findet vor allem in den Schwellen- und Entwicklungsländern statt. In Gleneagles (2005) forderten die G8-Staaten deshalb die Weltbank auf, einen Rahmenplan für saubere Energie, „Clean Energy Investment Framework“ zu erarbeiten, mit dessen Hilfe der Übergang zu einer „Low Carbon Economy“ forciert werden soll. An diesem Prozess ist die Bundesregierung aktiv beteiligt.

Fact Sheet „Erneuerbare Energien“

Stand: April 2007

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Stresemannstr. 94, D-10963 Berlin

Telefon: 030 / 18 535-24 50

Telefax: 030 / 18 535-25 95

E-Mail: presse-kontakt@bmz.bund.de